



Opfer von Kämpfen in Mogadischu

SOMALIA

## Vorhof zur Hölle

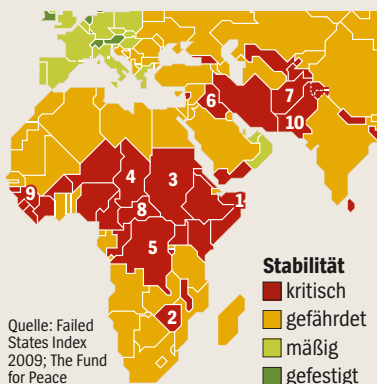
Es war ein abschreckendes Spektakel, das sich am vergangenen Donnerstag in Mogadischu zutrug. Über die Lautsprecher der Moscheen war es angekündigt worden, und so waren mehrere hundert Schaulustige dabei, als vier jungen Dieben mit Macheten jeweils die rechte Hand und der linke Fuß abgeschlagen wurden. Erst nach einer Stunde kamen die Verstümmelten ins Krankenhaus. Wieder einmal zeigten die islamistischen Schabab- und Hisb-al-Islam-Milizen, dass sie ihre Vorstellung von Recht und Ordnung erbarmungslos exekutieren. Binnen weniger Tage hatten sie einen Parlamentarier und den Polizeichef von Mogadischu getötet sowie den Sicherheitsminister in die Luft gesprengt.

Somalia ist, laut einem vorige Woche vom Washingtoner Friedensforschungsinstitut The Fund for Peace veröffentlichten Ranking, der schlimmste Staat der Welt – wobei von Staat nicht mehr die Rede sein kann. Seit 1991 herrscht Krieg, Somalia zerfällt. Das nordwestliche Somaliland hatte sich gleich zu Anfang losgesagt, dort sind die Verhältnisse einigermaßen geordnet; in der autonomen Region Puntland haben gemäßigte Kräfte das Sagen, im Süden herrschen die Isla-

misten. Die Übergangsregierung kontrolliert nur noch einen Teil des Landes, sie hat den Ausnahmezustand ausgerufen und fleht um Hilfe aus dem Ausland. Staatliche Strukturen gibt es nicht mehr, etwa die Hälfte der Abgeordneten hat sich ins Ausland abgesetzt. Im Auftrag der Afrikanischen Union sind 4300 Soldaten aus Uganda und Burundi im Land, gerade genug, um den Präsidentenpalast, den Hafen und den Flughafen der Hauptstadt zu sichern. Ansonsten herrschen die religiösen Milizen; vor allem die Waffenlieferungen der USA an die Regierung halten sie davon ab, die letzten Bastionen zu übernehmen.

Somalia liegt als Spitzenreiter der jährlichen Skala gescheiterter und instabiler Staaten vor einer ganzen Reihe anderer afrikanischer Nationen; unter den Top Ten rangieren aber auch Irak, Afghanistan und Pakistan, das seit 2005 um 24 Ränge auf Platz 10 vorgerückt ist. The Fund for Peace analysiert ein Dutzend Bereiche des öffentlichen Lebens; erfasst werden etwa Landstreitigkeiten, Menschenrechtsverletzungen, Korruption,

Konflikte in Ballungsräumen oder ob Intellektuelle schikaniert werden. Der Zugang zu sauberem Wasser und die Versorgung mit Nahrung spielen ebenfalls eine Rolle, auch hierbei schneidet Somalia verheerend ab: 2,4 Millionen Menschen werden vom Welternährungsprogramm versorgt, rund 160 000 sollen allein seit Anfang Mai aus der Hauptstadt geflohen sein. Mogadischu, sagt der Somalia-Repräsentant des Uno-Flüchtlingshilfswerks, sei „der Vorhof zur Hölle“.



### Die politisch instabilsten Staaten 2009

- 1 Somalia
- 2 Simbabwe
- 3 Sudan
- 4 Tschad
- 5 Dem. Rep. Kongo
- 6 Irak
- 7 Afghanistan
- 8 Zentralaf. Republik
- 9 Guinea
- 10 Pakistan

DER SPIEGEL

FRANKREICH

## Spur nach Paris

Sieben Jahre nach dem Selbstmord-Anschlag auf einen Bus mit Mitarbeitern der staatlichen Marine-Werft Frankreichs (DCN) in Pakistan mehrten sich Hinweise, durch die sich das Attentat von Karatschi zur Staatsaffäre in Paris ausweiten könnte. Nach der Explosion, bei der im Jahr 2002 elf Franzosen und drei Pakistaner ums Leben kamen, verfolgte die Justiz zunächst eine Isla-

misten-Spur. Doch nach dem Auftauchen interner DCN-Berichte gehen die Untersuchungsrichter jetzt davon aus, dass es sich um einen Racheakt pakistanischer Sicherheitsdienste handelte. Sie sahen sich um die offenbar vereinbarten Provisionen gebracht – immerhin 50 Millionen Euro, die ihnen Paris beim Verkauf von drei U-Booten zugesagt haben soll. Angeblich war geplant gewesen, weitere Vermittlungsgebühren über eine Luxemburger Firma „politischen Kreisen“ in Pakistan zukommen zu lassen; außerdem sollte, so die Vermutung, ein

Teil der Gelder zurückfließen, um die Wahlkampfkasse von Premier Edouard Balladur zu füllen. Statt Balladur siegte 1995 bei den Präsidentschaftswahlen jedoch Erzrivale Jacques Chirac, der die Überweisungen nach Pakistan stoppen ließ. Die Enthüllungen haben mehr als nur historischen Wert: Involviert sein könnte auch der damalige Haushaltsminister im Kabinett Balladur und zugleich dessen Wahlkampfmanager – der heutige Präsident Nicolas Sarkozy. Dieser kommentierte die Spekulationen harsch: Sie seien „lächerlich“ und „grotesk“.